

Niederschrift 41. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen

Sitzungstermin:	Montag, 28.10.2013
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	39638 Gardelegen, Rathaussaal

Anwesend:

Herr Konrad Fuchs, Bürgermeister

Herr Kai-Michael Neubüser

Frau Petra Müller

Herr Andreas Brendtner

Herr Jens Bombach

Herr Sieghard Dutz

Herr Andreas Finger

Herr Normen Gadiel

Herr Jörg Gebur

Herr Thomas Genz

Herr Henning Giggel

Herr Christian Glatz

Herr Otto Grothe

Herr Sven Grothe

Herr Reinhard Hapke

Frau Doris Hoicznyk

Herr Norbert Hoicznyk

Herr Peter Kapahnke

bis TOP 12 öff. Teil/20.25 Uhr

Herr Horst Krüger

Frau Regina Lessing

Herr Maik Lüer

Herr Torsten Mekelberger

Herr Marcus Odewald

Frau Erika Olbrich

Herr Sven Rasch

Herr Wolfgang Reboné

Herr Tony Schulz

Frau Roswitha Stadie

Herr Norbert Tandler

Herr Walter Thüer

Herr Gustav Wienecke

Frau Viola Winkelmann

Herr Wolfgang Witte

Frau Mandy Zepig

Ortsbürgermeister:

Herr Harald Rolletschek

Herr Günter Hoop

Frau Bärbel Goecke

Verwaltung:

Herr Behrends, Amtsleiter des Bauamtes

Herr Bucklitsch, Mitarbeiter des Hauptamtes

Frau Dietrich-Beckers, Mitarbeiterin des Amtes für
FinanzwesenHerr Stadtverwaltungsrat Machalz, Leiter des
Amtes für Finanzwesen

Frau Matthies, Fachgebietsleiterin für Sicherheit und Ordnung

Abwesend:

Herr Ralf Linow	entschuldigt
Herr Torsten Schoof	entschuldigt
Herr Henry Seiler	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen am 16.09.2013
- 4 Mündlicher Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse
- 5 Durchführung der Einwohnerfragestunde
- 6 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Seniorenanlage Letzlingen
Vorlage: 504/41/13
- 7 Entwurf des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Mieste West - CARL BECHEM GmbH
Vorlage: 503/41/13
- 8 Satzung - Vorhabenbezogener Bebauungsplan Gardelegen, Stendaler Chaussee, Freiflächenphotovoltaikanlage
Vorlage: 505/41/13
- 9 Konzept - Rekonstruktion Nebenanlagen Bismarker Straße (OD 127) in Gardelegen
Vorlage: 507/41/13
- 10 Wegebaumaßnahmen im OT Roxförde
Vorlage: 509/41/13
- 11 Aufhebung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die Verkehrsanlagen des Wohngebietes Ost in der Hansestadt Gardelegen
Vorlage: 506/41/13
- 12 Beschluss zur Schulentwicklungsplanung 2014/15-2018/19
Vorlage: 508/41/13
- 13 Anfragen und Anregungen

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen, Stadtrat Neubüser, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- TOP 2 Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen am 21.10.2013 wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Stadtrates am 28.10.2013.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
 Nein-Stimmen: 0
 Stimmenthaltungen: 0

- TOP 3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen am 16.09.2013

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen am 16.09.2013 wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen genehmigt einstimmig den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen am 16.09.2013.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
 Nein-Stimmen: 0
 Stimmenthaltungen: 0

- TOP 4 Mündlicher Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, gibt folgende Informationen:

- zum Schreiben der PVGS zur Einstellung des Anrufbusses in der Ortschaft Mieste:

Herr Fuchs verliest das Schreiben der PVGS vom 12.09.2013, welches als Zwischeninformation eingegangen ist. Seitens der PVGS ist geplant, über diese Anfrage gemeinsam mit dem Aufgabenträger Altmarkkreis Salzwedel noch einmal zu beraten. Über das Ergebnis dieser Beratung wird der Stadtrat umgehend in Kenntnis gesetzt.

- zum Dorfgemeinschaftshaus Dannefeld - Beratung in der Sitzung des Ortschaftsrates am 18.09.2013:

Herr Fuchs verliest das Schreiben des Ortsbürgermeisters der Ortschaft Dannefeld, Herrn Kuhrs, vom 18.10.2013, gleichzeitig Beschluss des Ortschaftsrates, an Herrn Machalz, in dem der Antrag gestellt wird, dass die Hansestadt Gardelegen als Eigentümer das Dorfgemeinschaftshaus in Dannefeld genauso bewirtschaftet, wie die übrigen Dorfgemeinschaftshäuser des Stadtgebietes und die Bewirtschaftung möglichst zeitnah aufnimmt.

Herr Fuchs fragt an, wie damit umgegangen werden soll und verweist auf die gefassten Beschlüsse des Stadtrates, in denen 110.000 € für die Fertigstellung incl. 18.000 € für die Einrichtung zur Verfügung gestellt wurden und das Dorfgemeinschaftshaus nach Fertigstellung vom örtlichen Heimatverein „Dannefelder Bauernfahne“ übernommen werden sollte. Herr Fuchs merkt an, dass das Dorfgemeinschaftshaus Dannefeld mit der Maßgabe gebaut wurde, dass die Hansestadt Gardelegen keine Folgekosten zu tragen hat.

Er zeigt folgende Möglichkeiten zur Lösung auf:

1. Aufhebung des Stadtratsbeschlusses
2. Verkauf des Dorfgemeinschaftshauses
3. Finden eines kostenneutralen Betreibers aus Dannefeld.

Herr Fuchs bittet die Vorsitzenden der Fraktionen um Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise.

- zur stattgefundenen Wahl des Stadtwehrlleiters am 25.10.2013

Herr Fuchs legt dar, dass am 25.10.2013 die Wahl des Stadtwehrlleiters stattfand. Von 27 Wehrlleitern des Verantwortungsgebietes waren 23 Wehrlleiter und einer in Vertretung des Wehrlleiters anwesend. In geheimer Wahl wurde der einzige Kandidat, Kamerad Sven Rasch, mit 22 Ja-Stimmen, bei 2 ungültigen Stimmen, als Stadtwehrlleiter gewählt. Die Berufung des Stadtwehrlleiters in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit erfolgt in der 42. Sitzung des Stadtrates am 02.12.2013

- Dank an Herrn Haarseim und Frau Schulz für die Betreuung der Nachfahren von Jonkher Mathieu van Geen aus Holland:

Herr Fuchs teilt, ausgehend von den Presseveröffentlichungen, mit, dass Nachfahren von Herrn Jonkher Mathieu van Geen aus Holland für zwei Tage in Gardelegen zu Besuch weilten. Er führt aus, dass Herr Jonkher Mathieu van Geen mit Hilfe von Pfarrer Franz dem Massaker in der Isenschnibber Feldscheune entgehen konnte. Die besonderen Verdienste von Herrn Jonkher Mathieu van Geen werden hervorgehoben, der Ende des 2. Weltkrieges dafür eingetreten ist, dass Gardelegen durch die amerikanischen Streitkräfte nicht zerstört wurde.

Herr Fuchs bedankt sich bei Herrn Haarseim und bei der ehemaligen Museumsleiter, Frau Wally Schulz, dafür, dass sie die Familie begleitet und damit vorbildliches bürgerschaftliches Engagement gezeigt haben.

- zur Privatisierung des Waldbades Zichtau - Sitzung des Ortschaftsrates am 15.10.2013:

Herr Fuchs äußert sich sehr betrübt darüber, dass Herr Staehler als Interessent für die Betreuung des Waldbades Zichtau zurückgetreten ist. Er weist auf die Arbeit der Arbeitsgruppe zur Erstellung des Bäderkonzeptes und auf den großen Umfang der Arbeiten hin. Es sollte geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, das Waldbad einer Privatisierung zuzuführen. Im Ergebnis der am 19.06.2013 in Zichtau durchgeführten konstruktiv-kritischen Podiumsdiskussion kam zum Ausdruck, dass die Zichtauer und der Förderverein Waldbad Zichtau mit der Privatisierung des Waldbades einverstanden waren. Mit der Privatisierung könnte auf Basis eines Pachtvertrages die Gewähr gegeben werden, dass das Waldbad auf lange Sicht Bestand haben wird. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl sollte eine Einwohnerbefragung zur Privatisierung durchgeführt werden; die Befragung fand jedoch nicht statt. Es ist geplant, die Befragung voraussichtlich im nächsten Jahr durchzuführen.

Aufgrund von mehreren Diskussionen, vorrangig durch einzelne Ortschaftsräte, zog Herr Staehler sein Interesse zur Privatisierung zurück.

Herr Fuchs merkt an, dass er sich am heutigen Tag diesbezüglich telefonisch mit Herrn Staehler in Verbindung gesetzt hat. Im Ergebnis dieses Gespräches kam zum Ausdruck, dass auch weiterhin nach Möglichkeiten zur Privatisierung des Waldbades Zichtau gesucht werden soll.

- zum Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“:

Herr Fuchs teilt mit, dass der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ auch im nächsten Jahr wieder stattfindet.

Er bittet die anwesenden Ortsbürgermeister und alle anderen Ortsbürgermeister, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Bei Interesse sollte so schnell wie möglich Kontakt zum Bauamt, Herrn Behrends, aufgenommen werden.

- zum Bewilligungsbescheid für das Programmjahr 2013 - Abriss des ehemaligen Asbestzementwerkes in Mieste, eingegangen am 22.10.2013:

Herr Fuchs informiert darüber, dass der Bewilligungsbescheid zum Abriss des ehemaligen Verwaltungsgebäudes des AZW in Mieste vom Landesverwaltungsamt Halle eingegangen ist. Er weist darauf hin, dass die bereits vor Wochen begonnenen Abrissarbeiten aufgrund der kurzen Frist weiter zügig vorangetrieben werden müssen, um die Voraussetzungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf dieser Fläche zu schaffen.

Weiterhin gibt er Ausführungen zu den Kosten für den Neubau des Gerätehauses für die Miester Feuerwehr:

Kostenrahmen:	123.000 €
Fördermittel des Landes:	41.000 €
Fördermittel des Bundes:	41.000 €
Eigenmittel	41.000 €

TOP 5 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen durch die anwesenden Einwohner gestellt.

TOP 6 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Seniorenanlage Letzlingen
Vorlage: 504/41/13

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, informiert über die Beratungsergebnisse des:

- Ortschaftsrates der Ortschaft Letzlingen - Anhörung (Zustimmung 9 Ja)
- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses - Zustimmung (8 Ja)
- Hauptausschusses - Zustimmung (7 Ja).

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt mit Stimmenmehrheit die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Seniorenanlage Letzlingen mit den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

TOP 7 Entwurf des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Mieste West - CARL BECHEM GmbH
Vorlage: 503/41/13

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, informiert über die Beratungsergebnisse des:

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses - Zustimmung (8 Ja)
- Hauptausschusses - Zustimmung (7 Ja).

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Entwurf des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Mieste West – Carl Bechem GmbH mit den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
 Nein-Stimmen: 0
 Stimmenthaltungen: 0

- TOP 8 Satzung - Vorhabenbezogener Bebauungsplan Gardelegen, Stendaler Chaussee, Freiflächenphotovoltaikanlage
 Vorlage: 505/41/13

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, informiert über die Beratungsergebnisse:

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss - Zustimmung (8 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (7 Ja).

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt mit Stimmenmehrheit die Satzung - vorhabenbezogener Bebauungsplan Gardelegen, Stendaler Chaussee, Freiflächenphotovoltaikanlage mit den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
 Nein-Stimmen: 0
 Stimmenthaltungen: 1

- TOP 9 Konzept - Rekonstruktion Nebenanlagen Bismarker Straße (OD 127) in Gardelegen
 Vorlage: 507/41/13

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, informiert über die Beratungsergebnisse:

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss - Zustimmung (7 Ja; 1 Enthaltung)
- Finanz- und Wirtschaftsausschuss - Zustimmung (8 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (6 Ja; 1 Enthaltung).

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig das Konzept für die Sanierung der Nebenanlagen in der Bismarker Straße mit den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
 Nein-Stimmen: 0
 Stimmenthaltungen: 0

- TOP 10 Wegebaumaßnahmen im OT Roxförde
 Vorlage: 509/41/13

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, verweist auf die vorliegenden Beratungsergebnisse:

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss:
 - Zustimmung zum Antrag, den Mastenweg in die Wegebaumaßnahme im OT Roxförde für das Haushaltsjahr 2014 mit aufzunehmen (8 Ja)
 - Zustimmung zur Beschlussvorlage, einschließlich des Antrages (8 Ja)

- Ortschaftsrat der Ortschaft Roxförde - Anhörung (Zustimmung 7 Ja) mit folgendem Hinweis:
Mit der Antragstellung war auch die Notwendigkeit des Mastenweges begründet. Vom Wannefelder Teil ist ein Teilstück bereits ausgebaut. Gerade an der Einmündung zur Kreisstraße in Roxförde ist der Weg bei nasser Witterung kaum befahrbar und die Landwirtschaftsflächen schlecht zu erreichen. Wenn aber die Gesamtmaßnahme nicht zu finanzieren ist, befürworten wir, den Mastenweg als ersten zu streichen. Eine Kostenbeteiligung der Landeigentümer ist nicht möglich, dann soll nicht gebaut werden.
- Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Zustimmung (8 Ja)
- Hauptausschusses:
 - Zustimmung zum Antrag aus dem Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss, den Mastenweg in die Wegebaumaßnahme im OT Roxförde für das Haushaltsjahr 2014 mit aufzunehmen (6 Ja; 2 Nein; 1 Enthaltung)
 - Zustimmung zur Beschlussvorlage, einschließlich des Antrages (7 Ja; 2 Nein).

Stadtrat Wienecke stellt den Antrag, in Abstimmung mit dem Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss, mit seiner Fraktion, dem Ortschaftsrat und dem Bauamt, den Mastenweg nicht in die Wegebaumaßnahme im OT Roxförde für das Haushaltsjahr 2014 aufzunehmen. Er begründet diese Entscheidung mit der nicht so starken Nutzung und den anfallenden Unterhaltungskosten. Er weist darauf hin, dass dieser Weg durch den Wald führt und aufgrund dessen voraussichtlich in den nächsten Jahren zu erwarten ist, dass die Kiefernwurzeln die Straße hochdrücken.

Abstimmung, den Mastenweg nicht in die Wegebaumaßnahme im OT Roxförde für das Haushaltsjahr 2014 mit aufzunehmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	1

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage:

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt mit Stimmenmehrheit, die Eigenmittel für die Wegebaumaßnahmen Weg nach Zehden, Verbindungsweg zwischen den Putenmastanlagen und dem Kutschweg im Ortsteil Roxförde für 2014 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 11 Aufhebung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die Verkehrsanlagen des Wohngebietes Ost in der Hansestadt Gardelegen
Vorlage: 506/41/13

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, informiert über die Beratungsergebnisse des

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses - Zustimmung (8 Ja)
- Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Zustimmung (8 Ja)
- Hauptausschusses - Zustimmung (9 Ja).

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig die Aufhebung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die Verkehrsanlagen des Wohngebietes Ost in der Hansestadt Gardelegen.

Es gilt die bestehende Satzung über die Erhebung nach § 6 KAG LSA für straßenbauliche Maßnahmen in der Hansestadt Gardelegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

TOP 12 Beschluss zur Schulentwicklungsplanung 2014/15-2018/19
Vorlage: 508/41/13

Zu dieser Beschlussvorlage liegt der Antrag der CDU-Fraktion vor.

Durch den Bürgermeister, Herrn Fuchs, werden folgende Ausführungen gegeben:

- das Land Sachsen-Anhalt gibt bezüglich der Schulentwicklungsplanungsverordnung verbindlich vor, welche Schultypen welche Schülerzahl nachweisen müssen, damit sie bestehen bleiben oder geschlossen werden
- die Stadträte haben hier nur die Möglichkeit im Rahmen dieser Schulentwicklungsplanungsverordnung diese umzusetzen oder zu organisieren, die Mindestschülerzahl zu erreichen
- das Entscheidende dabei ist, ob eine kurzfristige oder längerfristige Lösung erreicht werden soll
- für die Grundschule Estedt zeigt er drei Möglichkeiten auf:
 - Neuordnung der Schuleinzugsbereiche - Bestand der Grundschule Estedt für eine relativ kurze Zeit
 - konsequente Schließung der Grundschule in Estedt
 - die weitere Erhaltung der Grundschule - die Schülerzahlen bleiben unberücksichtigt, dann werden andere über den Bestand der Grundschule entscheiden
- Herr Fuchs weist darauf hin, dass er als Amtsperson einen Amtseid geleistet und nur Dinge vorzuschlagen hat, die gesetzlich Bestand haben - Schließung der Grundschule Estedt oder Änderung der Schuleinzugsbereiche
- nach Prüfung der Einwohnermeldestatistik für den Schuleinzugsbereich Estedt sind nach aktuellen Einwohnermeldezahlen nur 7 Geburten gemeldet, das bedeutet keine Bestätigung für eine positive Entwicklung
- die Beschlussvorlage ist gemäß der Schulentwicklungsplanungsverordnung Realität und es ist darüber abzustimmen

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, verweist auf die vorliegenden Beratungsergebnisse:

- Ortschaftsrat der Ortschaft Letzlingen – Das Ergebnis liegt nicht vor.
- Sozial-, Jugend-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss
 1. Abstimmung über den Antrag der CDU mit der Änderung, über die Punkte 1 und 2 und die Punkte 3 und 4 jeweils gemeinsam abzustimmen - Zustimmung (8 Ja)
 2. Abstimmung über die Punkte 1 und 2 - abgelehnt (1 Ja; 7 Nein)
 3. Abstimmung über den Antrag, in den Punkt 3 Jeseritz und Jerchel mit aufzunehmen und der Fahrweg soll nicht über Gardelegen erfolgen - Zustimmung (7 Ja; 1 Enthaltung)
 4. Abstimmung über Punkt 4 - Zustimmung (7 Ja; 1 Enthaltung)
- Ortschaftsrat der Ortschaft Zichtau – Anhörung (abgelehnt 7 Nein)
- Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - Abstimmung über den Antrag der CD-Fraktion mit der Änderung über die Punkte 1 und 2 und die Punkte 3 und 4 jeweils gemeinsam abzustimmen – Zustimmung (8

- Ja)
- Abstimmung über die Punkte 1 und 2 – abgelehnt (3 Ja; 5 Nein)
 - Abstimmung über die Punkte 3 und 4 – Zustimmung (8 Ja)
 - Ortschaftsrat der Ortschaft Potzehne
 - Abstimmung über die Beschlussvorlage – Anhörung (abgelehnt 8 Nein)
 - Abstimmung über folgenden abweichenden Beschluss: Die Sicherung des Grundschulstandortes Letzlingen durch die Erweiterung des Einzugsbereiches um die Ortsteile Potzehne, Parleib, Jerchel und Jeseritz ab dem Schuljahr 2017/18. Die Schülerbeförderung erfolgt auf dem direkten Weg und nicht über Gardelegen. Die weitere Beschulung der bis zu diesem Zeitpunkt eingeschulten Kinder der Ortsteile in der jeweiligen Grundschule bis zum Ende ihrer Grundschulzeit (7 Ja; 1 Nein).
 - Ortschaftsrat der Ortschaft Hemstedt – Anhörung (Zustimmung 6 Ja; 1 Enthaltung)
 - Hauptausschuss:
 - Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion über die Punkte 1-4 separat abzustimmen - Zustimmung (7 Ja; 1 Nein; 1 Enthaltung)
 - Abstimmung darüber, über die Punkte 1 und 2 gemeinsam abzustimmen - Zustimmung (9 Ja)
 - Abstimmung darüber, über die Punkte 3 und 4 gemeinsam abzustimmen - Zustimmung (9 Ja)
 - Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages - abgelehnt (4 Ja; 4 Nein; 4 Enthaltungen)
 - Abstimmung über die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages - Zustimmung (6 Ja; 2 Nein; 1 Enthaltung)
 - Ortschaftsrat der Ortschaft Wiepke - Anhörung (abgelehnt 6 Nein)
 - Ortschaftsrat der Ortschaft Schenkenhorst - Anhörung (abgelehnt 6 Nein; 1 Enthaltung) mit dem Hinweis:
 - Als Objekt erhaltenswert - Baukostenvoranschlag wird angezweifelt
 - Transport könnte auch über Anrufbusse erledigt werden.

Stadtrat Krüger plädiert für den Erhalt der Grundschule in Estedt und begründet dies. Er kritisiert die durch die Stadt geplanten Investitionskosten für die Grundschule Estedt und merkt an, dass sie zu hoch veranschlagt wurden, beispielsweise für die Sanierung der Toiletten in Höhe von 70.000 €.

Er ist der Meinung dass Gesamtkosten von 60.000 € bis 100.000 € nicht überschritten werden. Herr Krüger legt dar, dass seitens des Landes Sachsen-Anhalt die Grundschule Estedt nicht zur Schließung vorgesehen war und dies durch die Stadt Gardelegen erfolgen soll. Er hofft, dass auch durch den Kreistag des Altmarkkreises Salzwedel gegen die Schließung der Grundschule gestimmt wird.

Abschließend bittet Herr Krüger um die Stimmen für den Erhalt der Grundschule Estedt.

Die Vorsitzende der Gemischten Fraktion, Stadträtin Lessing, legt dar, dass die Mehrheit der Stadträte und der Bevölkerung, ausgehend von den letzten Beratungen, den Schulstandort Estedt erhalten möchten, auch entgegen der Schulentwicklungsplanungsverordnung.

Sie plädiert dafür, den Standort Estedt für die nächsten Jahre zu bestätigen. Damit würde sich die Chance bieten, dem Land Sachsen-Anhalt nachzuweisen, dass ein Umdenken im Land Sachsen-Anhalt erfolgen muss, da sonst die ländlichen Standorte aufgrund der einwohnerschwachen Region immer mehr aussterben. Sie geht auf die demografische Entwicklung in unserer Region ein, welche von der Landesregierung mehr berücksichtigt werden sollte. Abschließend spricht sich Stadträtin Lessing für den Erhalt aller vier Schulstandorte, einschließlich der Schulen in der Kernstadt, aus.

Im Rahmen der Diskussion gegen die Schließung der Grundschule Estedt werden folgende Hinweise gegeben:

- für die Grundschule Estedt sind gute Voraussetzungen für den Erhalt vorhanden, da sich die Kindertagesstätte, die Schule und die Turnhalle auf einem Gelände befinden
- die geplanten Kosten in Höhe von 200.000 € sollten nicht zu teuer sein im Hinblick auf die nachwachsende Generation - kurze Beine, kurze Wege

- die Landesregierung hat die Bindung zum ländlichen Bereich verloren, da nur nach vorliegenden Zahlen entschieden wird
- es sollte eine Zukunft für unsere Kinder geschaffen werden, d. h., unsere Kinder sollten mit ihren Kindern in der Region gehalten werden; Voraussetzungen dafür sind u.a. das Vorhandensein von Kindergarten, Schule, Arzt und Einkaufsmöglichkeiten
- in den ländlichen Bereichen wird durch Schließungen von Schulen, Freibädern, Dorfgemeinschaftshäuser u. a. dafür gesorgt, dass die junge Bevölkerung abwandert
- die Größe unseres Territoriums und die Entfernungen sowie die diesbezüglich auftretenden Probleme werden nicht berücksichtigt
- durch Veränderung der Schuleinzugsbereiche kann die Grundschule Estedt nicht gerettet werden
- für den Schülertransport dürfen nur Kreisstraßen genutzt werden, die Auswirkungen auf die Fahrtzeit haben können
- die Gesetze sollten für alle gelten; die Schülerzahlen gelten nicht für private Schulen
- es entstehen für den Schülertransport Kosten, die über Jahre hinweg zusätzlich getragen werden müssen; deshalb ist auch die Sanierung der Grundschule Estedt gerechtfertigt
- speziell für Estedt ist die Problematik des Hortes zu berücksichtigen, d.h., die kleinen Kinder, die in die Otto-Reutter-Grundschule gehen sollten, müssen in das Hortgebäude, dann wieder zurück und dann wieder in Richtung Estedt.

Durch Stadtrat Gadiel wird angefragt, ob mit den zuständigen Ministerien Kontakt aufgenommen wurde und ob es Bestrebungen gibt, das Gesetz anzupassen.

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, beantwortet die Fragen, dass durch das Land die Schulentwicklungsplanungsverordnung bereits den ländlichen Gegebenheiten, dem dünn besiedelten Raum, angepasst wurde. Weiterhin gibt er Erläuterungen zu den Schülerzahlen für das Land und übergangsweise für die Altmark.

Herr Fuchs teilt mit, dass er möglicherweise Widerspruch gegen den Beschluss einlegen wird, falls keine Beschlussfassung erfolgt.

Weiterhin gibt es folgende Hinweise:

- die vorgegebenen Schülerzahlen werden als Einsparungseffekt durch die Landesregierung gesehen
- durch die Größe der Hansestadt Gardelegen besteht ein Alleinstellungsmerkmal, deshalb sollte sich für die Stadt Gardelegen auch im Hinblick der Erhaltung der Schulen positioniert und der Politik neue Aufgaben gegeben werden
- jedes Jahr, in dem die Grundschule Estedt gerettet wird, ist ein gewonnenes Jahr
- es wird vorgeschlagen, entsprechend des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, zu prüfen, ob
 - Kinder eine Schule in einem anderen Schuleinzugsbereich besuchen können
- es sollte eine zwanglose Befragung in den Schulen der Kernstadt Gardelegen erfolgen, ob es evtl. interessierte Eltern gibt, die ihre Kinder gern in der kleinen Schule in Estedt einschulen möchten; damit könnten evtl. die vorgegebenen Schülerzahlen erreicht werden
- aufgrund einer Befragung war ein Elternpaar dafür, ihr Kind in die Grundschule Estedt beschulen zu lassen
- es wird sich grundsätzlich gegen das „Aufweichen“ der Schuleinzugsbereiche ausgesprochen.

Durch den Bürgermeister, Herrn Fuchs, wird angemahnt, das Geld nicht aus den Augen zu verlieren.

Er begründet dies u. a. auch damit, dass es ab 2020 keine Solidarzahlungen mehr gibt und sich dann selbst versorgt werden muss. Er macht noch einmal deutlich, dass die Stadt bei den Kindern noch nie gespart hat und verweist auf die Sanierung der Miester Grundschule, die den Demografiecheck bestanden hat.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Stadtrat Neubüser, schlägt folgenden Verfahrensweg vor:

- Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion mit der Änderung aus dem Sozial-, Jugend-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss, d.h., gemeinsame Abstimmung über die Punkte 1 und 2 sowie der Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages
- Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages (inhaltliche Abstimmung)
- Abstimmung über die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages (inhaltliche Abstimmung)

Herr Fuchs fragt an, ob die Stadträte mit diesem Verfahrensweg einverstanden sind. Die Stadträte erklären sich einstimmig damit einverstanden.

In Auswertung der Diskussionen stellt Stadträtin Lessing den Antrag, zum Punkt 3 die zusätzliche Formulierung aufzunehmen, dass in den Schuleinzugsbereich Letzlingen nicht nur die Kinder aus den Ortsteilen Potzehne und Parleib einbezogen werden, sondern auch Kinder aus den Ortsteilen Jerchel und Jeseritz. Sie begründet es damit, da die Kinder gemeinsam die Kindertagesstätte besuchen und beim Schulbesuch nicht auseinander gerissen werden sollen.

Eine Abstimmung zu diesem Antrag erfolgte nicht.

Stadträtin Zepig merkt an, dass sie zu dieser Thematik von einer Mutter angesprochen wurde, die sich gegen die gemeinsame Beschulung der Kinder aus den Ortsteilen Jerchel und Jeseritz in der Grundschule Letzlingen ausgesprochen hat.

Stadtrat Kapahnke kritisiert, dass sein Antrag aus dem Sozial-, Jugend-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss, neben Schülern aus den Ortsteilen Potzehne und Parleib auch Schüler aus den Ortsteilen Jerchel und Jeseritz in Letzlingen zu beschulen, keine Berücksichtigung gefunden hat. Seiner Meinung nach sollte der gesamte südliche Bereich in Letzlingen beschult werden. Dieser Antrag hätte von Stadträtin Lessing nicht gestellt werden brauchen, da er in Vorbereitung dieser Stadtratssitzung verwaltungsseitig in allen Fachausschüsse hätte beraten werden müssen. Stadtrat Kapahnke begründet seine Empfehlung im Hinblick auf die langfristige Erhaltung des Schulstandortes Letzlingen. Er schlägt vor, falls noch Diskussionsbedarf darüber besteht, die Entscheidung heute zu vertagen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Stadtrat Neubüser, legt dar, dass es im Hauptausschuss als vorberatender Ausschuss für die Sitzung des Stadtrates keinen Diskussionsbedarf über diesen Antrag gab.

Stadtrat Dutz führt aus, dass alle Fraktionen in den Ausschüssen vertreten sind, der Antrag jedoch nicht aufgegriffen wurde. Aus diesem Grund wurde darüber auch nicht beraten.

Durch Stadtrat Tandler wird eine sofortige Entscheidung darüber abgelehnt, da dieser Vorschlag nicht ausreichend diskutiert werden konnte und die Eltern dazu auch nicht befragt wurden.

Stadtrat Gebur verweist auf die Geschäftsordnung und bittet um Abstimmung. Der Vorsitzende des Stadtrates, Stadtrat Neubüser, schlägt die Verfahrensweise der Abstimmung vor:

Abstimmung über die Verfahrensweise - Abstimmung über die Punkte 1 und 2 und über die Punkte 3 und 4:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 33
 Nein-Stimmen: 1
 Stimmenthaltungen: 0

Der Vorsitzende des Stadtrates, Stadtrat Neubüser, verliest die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages:

Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 9
 Nein-Stimmen: 25
 Stimmenthaltungen: 0

Die Punkte 1 und 2 werden abgelehnt.

Abstimmung über die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 29
 Nein-Stimmen: 5
 Stimmenthaltungen: 0

Den Punkten 3 und 4 wird zugestimmt.

TOP 13 Anfragen und Anregungen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Sitzungsleiter:

Kai-Michael Neubüser
 Vorsitzender des Stadtrates
 der Hansestadt Gardelegen

Protokollführerin:

Dorothea Brandt